



Auslösende Fluchtgründe von 2.810 Flüchtlingen, erfasst im Notaufnahmeverfahren in der Bundesrepublik im Juli 1961, 31. Juli 1961

Abschrift

„So komplex wie die Gründe, die das Ausmaß der Flüchtlingsbewegung im ganzen bestimmen, sind sie meist auch im Einzelfall. Nur wenige Flüchtlinge hatten sich niemals mit dem Gedanken an die Flucht beschäftigt, bis sie durch eine plötzliche Gefahr oder Provokation zum Aufbruch veranlaßt wurden. Zum mindesten bei der Mehrzahl derer, deren Zwangslage im Notaufnahmeverfahren anerkannt wurde, hat sich der Entschluß zur Flucht aus einem Geflecht von Erfahrungen und Überlegungen entwickelt, und der eigentlich auslösende Fluchtgrund kann u. U. von geringem Gewicht sein als manches, was ihm vorausging; er hat aber das Maß der Drangsal voll gemacht. Trotzdem bietet eine Übersicht über die auslösenden Fluchtgründe in 2.810 Fällen, die im Notaufnahmeverfahren des Monats Juli 1961 aufgestellt wurde, ein aufschlußreiches Bild von der Vielfalt der Motive und ihrer ‚Streuung‘.“

a) *Gewissensnotstände, Verkürzung von Grundrechten*

Ablehnung der Ideologie	44
Ablehnung von Partei- und sonstigen Aufträgen aus ethischen Gründen	29
Zwang zum Kirchenaustritt	21
Ablehnung der Jugendweihe	36
Spitzelaufträge gegen Geistliche und Kirchenorgane	14
Bekenntnis zu den zeugen Jehovas	27
Ablehnung des kommunistischen Erziehungssystems oder Nichtzulassung der Kinder zur Oberschule	48
Nichtzulassung zum Studium	41
Versagung der Reisegenehmigung oder der legalen Umsiedlung in die Bundesrepublik	68

b) *Ablehnung von Aufträgen und Anforderungen der Partei, des Regimes, der Massenorganisationen usw.*

Spitzelaufträge und Spitzelverpflichtungen	135
--	-----



Parteiaufträge	84
Verpflichtungen zum Eintritt in die Nationale Volksarmee oder die Volkspolizei	59
Arbeitseinsatz von Jugendlichen	12
Aufforderung zu „gesellschaftspolitischer Betätigung“	528

c) *Politische Gründe sonstiger Art*

Widerstand gegen das Regime	57
Verdacht oder Verfolgung von Beziehungen zum Westen	81
Verstöße gegen das Paßgesetz	140
Maßregelung wegen „gesellschaftspolitischer“ Untätigkeit	22
Politische Häftlinge	44
Maßnahmen im Zuge der Reorganisation	14
Inanspruchnahme des Freizügigkeitsrechts (Grundsatzurteil des BVerfG zu § 11 GG)	18

d) *Wirtschaftliche Gründe*

Maßnahmen zur Verstaatlichung der privaten Wirtschaft	59
Konflikte im Zusammenhang mit der Kollektivierung (LPG, PGH) oder der staatlichen Beteiligung	136
Lohn- und Arbeitsschwierigkeiten	47
Entlassung wegen Betriebseinschränkung	17
Normerhöhung	26
Einschränkung bisheriger Befugnisse	23
Planschwierigkeiten	22
Verstöße gegen Wirtschaftsgesetze	32

e) *Familiäre und persönliche Gründe*

Familienzusammenführung	343
Differenzen in der Ehe	53



Drohender Sorgerechtsentzug	14
Wunsch nach besseren Einkommens- und Wohnungsverhältnissen	205
Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik	19
Auswanderung	14
Ost-West-Pendler	53
Angst vor Bestrafung	63
f) <i>Sonstige Gründe</i>	162

[Quelle: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.), *Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, Bonn und Berlin 1961*, S. 21/22.]